



DIE BRILLE / REPORT



Linke Buchtage Berlin - Wirtschaftlichkeitsprämisse ... Michael Skambraks ...

(SB) - Michael Skambraks ist Allgemeinmediziner und Diplompsychologe mit Praxis in München. Bei der Vorstellung des Buches "Kulturkampf und Gewissen" zu den ... (Seite 7)

POLITIK / REDAKTION

Iran - nationaler Schulteranschlag gegen die USA ...

(SB) - Im Persischen Golf stehen die Zeichen eindeutig auf Krieg. Den Auftakt zur Konfrontation machte Präsident Donald Trump, als er am 8. Mai den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus dem Jahr 2015 ... (Seite 15)

POLITIK / REDAKTION

Kongo - Jagd auf die Reste ...

(SB) - Die Demokratische Republik Kongo hat beschlossen, daß auch in Nationalparks nach Öl gebohrt werden darf. Davon sind unter anderem die ... (Seite 17)

Linke Buchtage Berlin - schadensbegrenzte Beteiligung ...

Ganz offensichtlich reagierte der Bundesanwalt auf die anhaltende Kritik an der Arbeit der Bundesanwaltschaft. Sein Prolog gipfelte in einer Art Abrechnung. Vor allem im Fall Kiesewetter, bei dem die Hauptverhandlung ein "eindeutiges Ergebnis" erbracht habe, gebe es "haltlose Spekulationen selbsterklärter Experten", so Herbert Diemer wörtlich - und ergänzte: "Experten, wie Irrlichter, wie Fliegengesurre!"

Bundesanwalt Herbert Diemer am 25. Juli 2017 im NSU-Prozeß [1]

(SB) 6. Juli 2018 - Am 11. Juli 2018 soll das Urteil im Prozeß gegen Beate Zschäpe und die vier weiteren Beschuldigten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gesprochen werden, der nie einer war. Diese und andere offene Fragen zur Verwicklung staatlicher Akteure in die Serie von zehn Morden, zwei Bombenanschlägen und 15 Raubüberfällen sollen nach dem Willen der Generalbundesanwaltschaft und des Gerichts mit dieser fünf Jahre währenden Simulation unabweislicher Rechtsstaatlichkeit endgültig aus dem Feld geschlagen werden. Daß Zschäpe in ihrem Schlußwort die offizielle Version der Anklagebehörde im Grundsatz gestützt hat, wonach der NSU lediglich aus drei Personen bestand und sämtliche Taten von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos begangen wurden, überrascht nicht. Als einzige Überlebende des Trios blieb sie ihrer Prozeßstrategie treu, am Schleier des Vergessens all dessen mitzuweben, was nur die wenigsten

wissen sollen und wollen. Ihr mußte schon vor Prozeßbeginn klar gewesen und vielleicht auch klargemacht worden sein, was ihr im Falle des Tabubruchs blühen würde.

Mit der Version behördlichen Versagens im Falle des NSU wurde der Aufklärung geheimdienstlicher Beteiligung ein Riegel vorgeschoben und zugleich einer Qualifizierung der Nachrichtendienste Tür und Tor geöffnet. Daß die allermeisten Medien bereitwillig hinter den Stand ihrer damaligen Recherchen und der daraus resultierenden Zweifel zurückfielen, als sie sich auf die abwegige These einer unerhörten Häufung von Pleiten, Pech und Pannen einschossen, belegte einmal mehr, daß auch die vierte Gewalt allzu gern eine solche bleibt, indem sie Deutungsmacht mitproduziert. Sie machte aus der Münchner Inszenierung einen Schau-Prozeß und schwor ihre Leserschaft bis zuletzt auf das Format einer Reality-Show ein,

indem sie Beate Zschäpe attestierte, sie habe ihre letzte Chance verspielt.

So blieb es einmal mehr den Angehörigen der Opfer und ihren Anwälten vorbehalten, sich einem Schlußstrich in Gestalt der bevorstehenden Urteilsfindung zu verweigern. Sebastian Scharmer sagte im Namen seiner Mandantin Gamze Kubasik, deren Vater Mehmet Kubasik in Dortmund ermordet wurde, die Aufklärung dürfe nicht mit dem Prozeß enden. Es gebe weiterhin Mitglieder, Unterstützer und Helfer, die frei herumlaufen und denen sie jeden Tag auf der Straße unerkannt begegnen könne. Sie habe ein Gefühl der Verunsicherung. Für Gamze Kubasik sei das Aufklärungsversprechen der Kanzlerin nicht eingehalten worden. Für sie gehe der Kampf weiter. Man müsse diejenigen finden, die vor Ort unterstützt, Waffen geliefert und ausgekundschaftet und die möglicherweise "gedeckt, vertuscht, geschreddert" haben. Das sei der nächste Schritt, den sie nun angehen würden. [2]

Es gebe immer noch Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex. Darüber hinaus würden sie neue Anzeigen prüfen und versuchen, den Generalbundesanwalt unter Druck zu setzen, die noch laufenden Verfahren zur Anklage zu bringen. Gegen neun Personen wird wegen Unterstüt-

zung des NSU weiterhin ermittelt. Weil sich unter ihnen nachweislich mindestens eine V-Person einer Sicherheitsbehörde befindet, beinhalten auch die Folgeverfahren eine Brisanz, wie sie in diesem ersten Hauptverfahren zum ungeklärten NSU-Komplex nur unter Anwendung brachialer Mittel an der Explosion gehindert werden konnte.

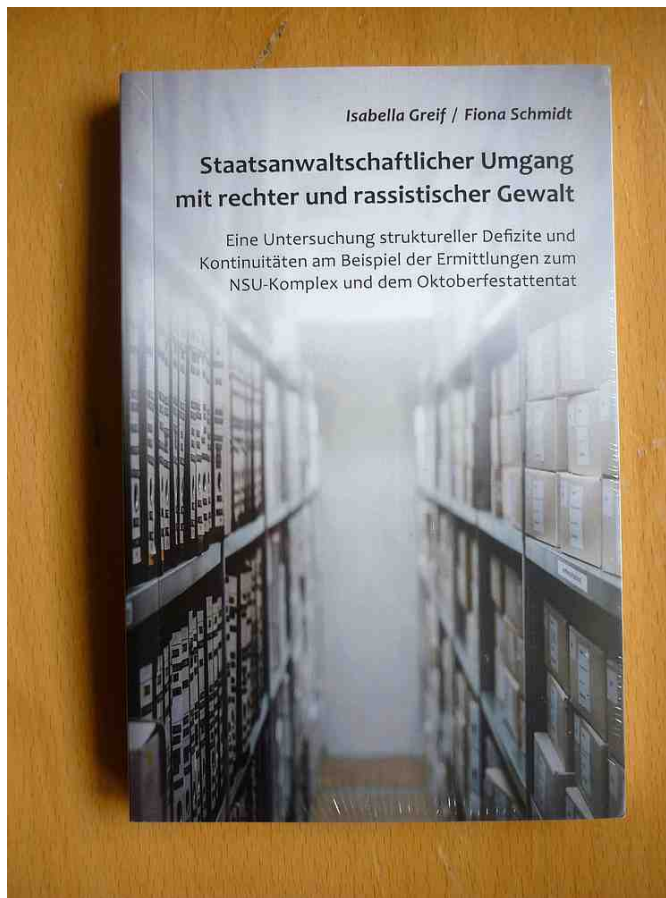


Foto: 2018 by Schattenblick

"Staatsanwaltlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt im NSU-Komplex"

Im Rahmen der Linken Buchtage, die vom 1. bis 3. Juni 2018 im Berliner Mehringhof stattfanden, wurde in einem Workshop das Buch "Staatsanwaltlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt im NSU-Komplex" von Isabella Greif

und Fiona Schmidt vorgestellt, das bei WeltTrends erschienen ist [3]. Die beiden Autorinnen haben Politikwissenschaften studiert, den Master in Gender Studies gemacht und die Abschlusarbeit zu diesem Thema geschrieben, die dann auch in Buchform veröffentlicht wurde.

Wie die Referentinnen eingangs unterstrichen, gibt es ungeachtet der bevorstehenden Urteilsverkündung im NSU-Prozeß nach wie vor mehr Fragen als Antworten. Die Bundesanwaltschaft hat sich in ihren Ermittlungen frühzeitig auf die These eines isolierten Trios mit wenigen Unterstützern festgelegt. Alle relevanten Personen seien in München angeklagt, gegen das Umfeld wurde nicht weiter ermittelt. Das Netzwerk des NSU, die Rolle staatlicher Behörden und die Auswirkungen der Taten und der rassistisch geführten Ermittlungen gegen die Angehörigen der Ermordeten und die Opfer der Sprengstoffanschläge waren im Prozeß kaum Gegenstand. Das liege in weiten Teilen in der Verantwortung der Bundesanwaltschaft.

Die Doppelrolle der Bundesanwaltschaft im NSU-Prozeß

Die Familie Kubasik hat als Nebenklägerin im Prozeß ihre Anwältinnen beauftragt, über die Verantwortlichkeit der in München Angeklagten hinaus zu klären, inwieweit ein Netzwerk für

den Mord an Mehmet Kubasik am 4. April 2006 in Dortmund mitverantwortlich war und inwieweit ein staatliches Mitverschulden vorlag. Mehmet Kubasik war das achte Opfer, das mit derselben Tatwaffe ermordet wurde. Wie war das über einen so langen Zeitraum ohne staatliches Mitverschulden möglich? Zudem war für die Angehörigen von größter Bedeutung, daß ihre eigenen Hinweise darauf, daß es sich bei den Taten um ein rassistisches Motiv gehandelt hat, von den Strafverfolgungsbehörden bei den Vernehmungen immer abgewiegelt wurden oder ihnen teilweise sogar aufgenötigt wurde, nicht mehr davon zu sprechen. Beim Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel war mit Andreas Temme sogar ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes am Tatort anwesend. Die Akten für den Untersuchungsausschuß in Hessen wurden bezeichnenderweise für 120 Jahre gesperrt. Die Rolle und das Wissen der staatlichen Sicherheitsbehörden wie den Ämtern für Verfassungsschutz und auch jene der V-Personen sind der strafrechtlichen Aufklärung im NSU-Prozeß entzogen worden. Es besteht ein zentraler Konflikt zwischen den Erwartungen der Nebenklägerinnen an Aufklärung des NSU-Komplexes und Formen des Staatsschutzes, die den Prozeß maßgeblich bestimmen.

Nach Auffassung der Autorinnen hat die Bundesanwaltschaft als oberste Strafverfolgungsbehörde im NSU-Prozeß eine ganz zentrale Rollen inne. Zum einen ist sie die anklagende Instanz, zum anderen vertritt sie die Bundesrepublik Deutschland als Geschädigte in dem Verfahren. In Politik, Wissenschaft und Medien ist jedoch

wenig von ihrer Rolle die Rede. Es gab nach dem November 2011 ein Zeitfenster massiver Kritik vor allem an den Polizeibehörden, aber auch den Ämtern für Verfassungsschutz, während die Staatsanwaltschaften, die an verschiedenen Tatkomplexen tätig waren, fast gar nicht thematisiert wurden. Das Zeitfenster kritischer Einwände hat sich bekanntlich geschlossen, die Exekutivbehörden wurden sogar gestärkt. Diese Entwicklung zeichnet sich auch mit Blick auf den Anstieg rechter und rassistischer Gewaltdelikte, besonders gegen Geflüchtete, deren Unterstützerinnen und Unterkünfte in den letzten Jahren ab: Mit dieser Eskalation geht kein Anstieg von Strafverfahren einher. Da die Berichte der Betroffenen von Politik und Wissenschaft weitgehend ignoriert und ausgegrenzt würden, sei es wichtig, die Perspektive des migrantisch positionierten Wissens mitzuwählen und das Muster der Ausschließung einzubeziehen, so die Referentinnen.

Eine zentrale Frage sei in diesem Zusammenhang, welches Verständnis von rechter und rassistischer Gewalt dem staatsanwaltlichen Umgang zugrunde liegt und wie sich das in den jeweiligen Ermittlungs- und Strafverfahren äußert, um daraus ableiten zu können, welche Strategien und Narrative sie im Umgang mit diesem Gewaltphänomen vertreten, anwenden und durchsetzen. Die Autorinnen haben dazu drei Strategien formuliert: Entnennung - etwas wird gar nicht erst genannt. Zwar geht die Anklageschrift des Münchner Prozesses auf die politische Ideologie, die Rassismen, die Hintergründe des NSU ein, doch werden diese in der Ver-

handlung, wo das Mündlichkeitsprinzip gilt, nicht mehr benannt. Zum zweiten finde eine Entpolitisierung politisch motivierter Taten statt. Und drittens herrsche eine Entkontextualisierung vor - Funktionsweise und Auswirkungen rechter und rassistischer Gewalt werden jenseits ihres gesellschaftlichen Entstehungszusammenhangs behandelt.

Staatsanwaltschaften als Behörden der Strafverfolgung

Zum besseren Verständnis juristischer Laien gingen die Referentinnen auf Funktion und Stellung der Staatsanwaltschaft ein. Nach der polizeilichen Erfassung von Straftaten ist die Staatsanwaltschaft mit dem Ermittlungsverfahren und der Entscheidung zur Strafverfolgung betraut. Sie verfaßt die Anklageschrift, in der festgelegt wird, was Sache des Prozesses werden soll. Aufgrund dieser Deutungshoheit wird sie als Richter vor dem Richter bezeichnet, weil sie schon vor Prozeßbeginn Weichen gestellt hat. Die Bundesanwaltschaft ist für Straftaten zuständig, die gegen die innere oder äußere Sicherheit der BRD verstoßen sowie Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch. Bei sogenannten staatswohlgefährdenden Straftaten nach Paragraph 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) vertritt sie den Staat als Geschädigten. Sie wird vom Generalbundesanwalt geleitet, der den Status eines politischen Beamten hat. Er muß in Übereinstimmung mit den Zielen und Ansichten der Bundesregierung agieren und ist gegenüber dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz weisungsge-

bunden. Es können seitens des Ministeriums Weisungen erfolgen, umgekehrt gibt es eine Berichtspflicht.

Die Bundesanwaltschaft vertritt die Bundesrepublik als Geschädigte des NSU, weil in der Anklage von den rassistischen und staatsfeindlichen Motiven des NSU und konkret der Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter und dem Mordanschlag auf ihren Kollegen in Heilbronn gesprochen wird. Das Feindbild des NSU habe auch die "antirassistisch verfaßte Bundesrepublik Deutschland" umfaßt. Geschädigte von Straftaten können sich mit einer Nebenklage anschließen, wodurch sie bestimmte Rechte im Prozeß, aber keinen Einfluß auf den Inhalt der Anklage haben. Themen, die nicht in der Anklage auftauchen, werden von der Bundesanwaltschaft und dem Gericht zurückgewiesen. Wenngleich formell eine strikte Trennung zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft gilt, orientiert sich in der Praxis der Senat an den Stellungnahmen der Bundesanwaltschaft beispielsweise bei Beweisanträgen der Nebenklage, die zur Hälfte abgelehnt wurden. Im Falle des NSU-Prozesses wurde die Anklage formuliert, bevor die Ermittlungen abgeschlossen waren. Das ist nicht unüblich und folgt dem Prozeßbeschleunigungsgebot. Problematisch ist hier jedoch, daß die Bundesanwaltschaft parallel dazu neun Ermittlungsverfahren gegen Einzelpersonen führt, wovon zwei eingestellt wurden, sowie ein sogenanntes Strukturermittlungsverfahren. In diesen Verfahren gibt es offiziell keine Geschädigten, so daß die Nebenklage keine Einsichtsrechte in die Akten hat. Diese Zuordnung ist

eine politische Entscheidung und hat weitreichende Konsequenzen für die Aufklärung oder die Verhinderung derselben.

Die Bundesanwaltschaft hat unausgewertetes Beweismaterial vernichtet, nämlich ein Adreßbuch von Jan Werner, einem V-Mann in Sachsen, gegen den eines dieser parallelen Ermittlungsverfahren läuft. Sein Name stand auch auf der Adreßliste, die in der Garage gefunden wurde, als der NSU offiziell untertauchte. Es gab ein Moratorium für Beweismittel im Jahr 2014, das besagte, bis wann diese nicht vernichtet werden dürfen. Nach dessen Ablauf wurde das Adreßbuch kurzerhand vernichtet, so daß darin enthaltene Aufschlüsse über Kontakte und Netzwerkstrukturen verloren sind.

Konfliktlinien zwischen Rechtspflege und Staatswohl

Bei rechten Organisationsdelikten kommt es zum Konflikt zwischen der Unabhängigkeit der Rechtspflege und dem sogenannten Staatswohl, also zwischen Aufklärungspflicht und Geheimhaltung. Die Bundesanwaltschaft arbeitet mit den Ämtern für Verfassungsschutz zusammen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterliegt der Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums, und darüber ist als Koordinierungsstelle das Bundeskanzleramt angesiedelt. Eine Konfliktlinie ergibt sich daraus, daß bei Ermittlungen zu rechtsterroristischen Organisationsdelikten aufgrund der hohen Dichte an V-Personen, die durch die Ämter für Verfassungsschutz eingesetzt werden, eine Gemengelage unterschiedli-

cher Interessen entsteht. 2015 wurde kurz vor der Sommerpause ein Gesetz zur Straffreiheit für szenetypische Straftaten von V-Personen verabschiedet. Obgleich Akten nicht verfügbar oder geschreddert worden waren, haben die engagierten Teile der Nebenklage ans Licht gebracht, daß im Umfeld des NSU mindestens 42 V-Personen aktiv waren.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Nachrichtendienste mit den Staatsanwaltschaften und der Polizei ist vor allem durch eine sogenannte Geheimhaltungsrichtlinie von 1973 geregelt. Sie besagt, daß nach Ermessen der Geheimdienste aus operativen oder anderen gewichtigen Gründen polizeiliche Ermittlungen aufgeschoben werden können. Die Dienste haben also weitreichende Befugnisse, was sie den Behörden der Strafverfolgung an Informationen zum Schutz der eigenen Quellen vorenthalten, wobei sie niemandem rechenschaftspflichtig sind.

Um das NSU-Kerntrio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe gruppieren sich Ralf Wohlleben, Carsten Schultze, Holger Gerlach und André Eminger, die ebenfalls auf der Anklagebank sitzen. Weitere Personen können aufgrund von Aussagen im Prozeß oder in den Untersuchungsausschüssen identifiziert werden. Tino Brandt hat als V-Person in Thüringen über 200.000 D-Mark erhalten und mit diesen Geldern mit Wissen diverser Personen der rechten Szene den Thüringer Heimatschutz und andere Vorgängerstrukturen aufgebaut, die für die Radikalisierung und Bewaffnung zentral waren. Kai Dalek war als Mittel-

struktur zwischen Bayern und Thüringen ebenfalls eine zentrale V-Person, Michael See alias von Dolsperg und diverse andere sind namentlich bekannt. Es existierte also ein größeres Netzwerk, von dem die Behörden wußten.

Klaus-Dieter Fritsche sagte 2012 im ersten Bundestagsuntersuchungsausschuß zum NSU aus: Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren. Er war von 1996 bis 2005 Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und als solcher mitverantwortlich für die Führung von V-Personen. Danach machte er Karriere und war von 2014 bis März 2018 als Staatssekretär im Bundeskanzleramt zuständig für die Nachrichtendienste. Er definiert das Staatswohl als Vorrang staatlicher Interessen selbst vor der Aufklärung schwerster Straftaten, so die Referentinnen.

Das Organstreitverfahren zum Oktoberfestattentat

Im Mai 2015 erfolgte eine kleine Anfrage der Grünen und Linken zu "Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden über den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest vom 26. September 1980 und mögliche Verbindungen von Vertrauensleuten dieser Behörden zu dem Anschlag". Die Bundesregierung lehnte eine inhaltliche Beantwortung dieser mehrfach gestellten Anfrage immer wieder ab und verwies dabei auf die Grenze geheimhaltungsbedürftiger Informationen, deren Bekanntwerden das Wohl des Bundes oder eines Landes gefährden könnte. Die Frage wurde schließlich vom Bundesverfas-

sungsgericht geklärt, das im Juni 2017 urteilte, daß die Bundesregierung einen Teil der Anfragen beantworten müsse. Sie müsse jedoch grundsätzlich bei Fragen zum Einsatz von V-Personen den Schutz des Staatswohls und die Grundrechte von V-Personen wahren. Der Quellenschutz wurde damit als übergeordnetes Rechtsgut gewertet.

Beim Attentat auf dem Oktoberfest 1980 brachte Gundolf Köhler eine Bombe zur Explosion, wodurch dreizehn Menschen starben und mehr als 200 verletzt wurden. Das LKA Bayern übernahm die Ermittlungen und kam zu dem Schluß, daß Köhler aus persönlichen Motiven die Bombe gezündet habe. Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann und die Herkunft seiner Sprengstoffkenntnisse blieben ausgeklammert. Diverse Beweismittel wurden nicht ausgewertet, etlichen Hinweisen ging man nicht nach, und die Ermittlungen wurden 1982 eingestellt. Werner Dietrich hat im Verlauf von 35 Jahren als Nebenklagevertreter verschiedener Geschädigter vier Wiederaufnahmeanträge gestellt. Er trug durch eigene Recherchen weitere Erkenntnisse zusammen und erreichte im Dezember 2015 die Wiederaufnahme der Ermittlungen. Allerdings sind diverse Beweismittel verschwunden und es ermittelt dieselbe Behörde wie damals. Da es an öffentlichen Verlautbarungen fehlt, ist der aktuelle Stand der Ermittlungen nicht bekannt.

Nebenklage als Korrektiv der Strafverfolgung

Ibrahim Arslan, ein Überlebender des rassistischen Brandanschlags

in Mölln 1992, hat die Opfer als Hauptzeugen des Geschehens bezeichnet. Das ist in der Strafverfolgung keine Selbstverständlichkeit, meist haben die Opfer von Straftaten im Verfahren die Stellung passiver Zeuginnen inne. Sie können diese eingeschränkte Stellung verlassen, indem sie sich einer Nebenklage anschließen. Dadurch können sie Beweisanträge stellen, Zeugen befragen und ein Schlußplädoyer verfassen. So hat beispielsweise im NSU-Prozeß ein Anwohner der Kolbstraße berichtet, daß er in seiner Vernehmung darauf hingewiesen hatte, daß es sich um ein rassistisches Motiv gehandelt haben könnte. Der vernehmende Polizeibeamte deutete ihm demnach mit einer vielsagenden Geste an, er solle darüber nicht mehr reden. Von entsprechenden Erfahrungen berichten auch Angehörige von Opfern. Daher ist das Engagement in Nebenklagen von besonderer Bedeutung für die Aufklärung.

Im Falle staatlichen Mitwissens werden Komplexe der Strafverfolgung entzogen, es vergehen lange Zeitspannen, Betroffenen wird kein Glauben geschenkt, teils werden sie aktiv gehindert, ihr Wissen einzubringen. Die Begrifflichkeiten der Strafverfolgung sind am Staatsschutzinteresse ausgerichtet: Seit den 1950er Jahren gibt es "Staatsschutzdelikte", erst in den 90ern wurden diese um antisemitische oder fremdenfeindliche Straftaten erweitert und 2015 um "Haßkriminalität". Politische Motive, die sich gegen Individuen und bestimmte Gruppen richten, sind angesichts dieser Terminologie nicht im Fokus.

Der NSU wurde nicht wie von der Bundesanwaltschaft behauptet

umfassend ermittelt. Weder die Größe des Netzwerks noch das staatliche Mitverschulden wurde aufgeklärt. Das Narrativ wurde dahingehend verändert, die staatliche Verantwortung zu leugnen. Im Abschlußplädoyer der Bundesanwaltschaft vom Sommer 2017 hat Bundesanwalt Herbert Diemer die Bemühungen der Nebenklage, die weiteren Hintergründe der Taten und der staatlichen Beteiligung aufzuklären, als "Fliegengesurre" und "Irrlichter" diskreditiert.

Angehörige der Opfer haben sich bereits 2006 zusammengeschlossen, als der NSU noch gar nicht aufgefliegen war. Die Familien Kubasik, Simsek und Yozgat organisierten Demonstrationen in Kassel und Dortmund mit der Forderung, es dürfe kein zehntes Opfer geben. Damals lief die deutsche Öffentlichkeit noch dem Narrativ der Staatsanwaltschaften hinterher, das rechte rassistische Gewalt als Tatmotiv systematisch ausblendete. Ein bedeutsames Moment des Zusammenschlusses war auch das Bündnis zum Tribunal "NSU-Komplex auflösen", das im Mai 2017 fünf Tage lang in Köln stattfand. In die bundesweite Netzwerkarbeit wurden die Familien einbezogen, deren Anliegen im Mittelpunkt stehen und solidarisch unterstützt werden. Die Kontexte des Tribunals bestehen weiterhin. Es gibt im NSU-Prozeß 86 Nebenklägerinnen, deren Interessen teils sehr unterschiedlich sind. Einige beharren auf weitere Aufklärung, andere sind froh, wenn es ein Ende findet. Offen ist vorerst, ob weitere Rechtswege ausgeschöpft werden.

Der NSU-Prozeß hat gezeigt, was mit einer engagierten Ne-

benklage möglich ist. Die Plädoyers der Nebenklägerinnen werden veröffentlicht, so daß die zentralen Fragen noch einmal zur Sprache kommen. Es wurde viel Wissen zusammengeführt und zugänglich gemacht, auch wenn die Prozeßführung das verhindern wollte. Allerdings sind auch dieser Aufklärung Grenzen gesetzt, wurden doch zahlreiche Beweisanträge der Nebenklage abgelehnt. NSU Watch fertigt das einzig vollständige Wortprotokoll an, das von diesem Prozeß existiert und allgemein zugänglich ist. Von den Prozeßbeobachtern der bürgerlichen Medien, die ohnehin nur sporadisch präsent waren, ist hingegen nicht viel zu erwarten, zumal ihren Berichten grundsätzlich die Dimension der Staatskritik, geschweige denn einer linken Staatskritik fehlt. Sie argumentieren mit der Bundesanwaltschaft, daß weitere Erkenntnisse für die Schuldfrage der Angeklagten nicht relevant seien.

Die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ist nicht durch eine Klageschrift beschränkt und soll die politische Verantwortung klären. Allerdings können diese Ausschüsse keine Ermittlungen anstrengen, sondern sind darauf angewiesen, daß sie die angeforderten Akten auch bekommen. Nach Einschätzung der Autorinnen haben die Ausschüsse sehr unterschiedliche Arbeit geliefert, was wohl nicht zuletzt von den jeweiligen Regierungen und der Parteistruktur in dem Gremium abhing. Sie bleiben in dessen nach Ende des Prozesses insofern wichtig, als sie dann die einzigen Orte sind, an denen das Thema offiziell weiter bearbeitet wird.

Exkursion auf die andere Seite

Da die Seite jenseits des Schleiers ihrer Natur nach geheimgehalten wird, lassen sich darüber keine beweiskräftigen Aussagen treffen, sondern allenfalls anhand gewisser Fakten Fragen aufwerfen. Am 16. September 2013 verbrannte der 21jährige Florian Heilig in seinem Auto. Der Nazi-Aussteiger starb wenige Stunden vor seiner geplanten zweiten Vernehmung beim LKA angeblich durch Selbstmord. Am 3. April 2014 wurde der 39jährige Thomas Richter alias "Corelli" tot in seiner Wohnung aufgefunden. Als offizielle Todesursache wurde ein Zuckerschok angegeben, ausgelöst durch eine bis dahin nicht entdeckte Diabetes-Erkrankung. "Corelli" war bis 2012 V-Mann und lebte zum Zeitpunkt seines Todes in einem Zeugen-schutzprogramm. Ende März 2015 starb Melisa M. an einer Lungenembolie, die bestritten hatte, der Grund für Heiligs Selbstmord "aus Liebeskummer" gewesen zu sein und sich bedroht fühlte. Am 8. Februar 2016 wurde der 31jährige Sascha W., ihr damaliger Verlobter, tot in seiner Wohnung aufgefunden. Die Polizei ging von Selbstmord aus.

Am 15. Juni 2018 starb der international renommierte Brandsachverständige und Kriminaltechniker Frank Dieter Stolt im Alter von 62 Jahren in einem Krankenhaus in Mannheim. Er war bei seiner Einlieferung ins Koma gefallen, aus dem er nicht wieder erwachte. Weil die Ärzte die Ursache seines Todes nicht benennen konnten und der Tod für seine Familie "sehr überraschend" kam, hat diese eine Obduktion in Auftrag gegeben. Stolt war im Zu-

sammenhang mit den NSU-Ermittlungen als Experte und Gutachter herangezogen worden und hatte sich mehrmals kritisch über das Vorgehen der Ermittler geäußert. [4]

Soweit die bislang bekannten unverhofften Todesfälle im Kontext der Ermittlungen zum NSU-Komplex. Von einer Kette zu sprechen, verbietet sich insofern, als dies einen nachweislichen Zusammenhang unterstellen würde. Wundern darf man sich darüber aber schon. Feststehen dürfte hingegen, daß viele mutmaßliche Unterstützer des NSU nicht auf der Anklagebank sitzen, wenn Richter Manfred Götzl am Oberlandesgericht in München sein Urteil spricht.

Anmerkungen:

[1] www.heise.de/tp/features/NSU-Prozess-Anklaeger-verteidigen-ihre-tendenzioese-Anklage-3783314.html

[2] www.heise.de/tp/features/Schlussworte-im-NSU-Prozess-Zschaeppe-vertut-die-letzte-Chance-4097489.html

[3] Isabella Greif/Fiona Schmidt: Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt. Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat, WeltTrends 2018, 303 S., 19,90 EUR.

[4] www.wsws.org/de/articles/2018/07/04/nsuz-j04.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0075.html>

DIE BRILLE / REPORT / INTERVIEW

Linke Buchtage Berlin - Wirtschaftlichkeitsprämisse ... Michael Skambraks im Gespräch



Michael Skambraks

Foto: © 2018 by Schattenblick

(SB) 6. Juli 2018 - Michael Skambraks ist Allgemeinmediziner und Diplompsychologe mit Praxis in München. Bei der Vorstellung des Buches "Kulturkampf und Gewissen" zu den "Medizinethischen Strategien der 'Lebensschutz'-Bewegung" [1] auf den Linken Buchtagen Berlin am 2. Juni erinnerte er in der anschließenden Diskussion an die Bedeutung des Themas ärztliche Sterbehilfe für eine linke Kritik der Medizin und des Gesundheitswesens. Skambraks hat mit "Vorsicht! Patientenverfügung" ein Buch über die Problematik vorabverfügter Therapiebegrenzungen verfaßt. Dem Schattenblick beantwortete er einige Fragen zu der Entwicklung eines zusehends durchökonomisierten Gesundheitswesens aus der Sicht

eines davon selbst betroffenen Arztes.

Schattenblick (SB): Michael, woher stammt dein kritisches Engagement in Sachen Patientenverfügung und aktive Sterbehilfe?

Michael Skambraks (MS): Ich bin in München als Hausarzt und nebenbei auch als Notarzt im Rettungsdienst tätig, ich mache noch Dienst an Wochenenden und in der Reha-Klinik, das ist meine hauptberufliche Tätigkeit. Seit ich den Beruf ausübe - ich bin 1951 geboren und damit schon in der Berufslaufbahn etwas weiter fortgeschritten -, erlebe ich Verschlechterungen im gesundheitlichen System. Während die Wissenschaft Fortschritte feiert, macht das gesellschaftliche Umfeld ganz gewaltige Rückschritte. Den Grund dafür sehe ich in der multiplen Gesundheitsreform.

Am schlimmsten war die erste Etappe, für die Seehofer als Gesundheitsminister verantwortlich war.

Zuvor war es dem Hausarzt möglich, jedes Medikament zu verschreiben, es kostete den Patienten nichts, Krankenkassen waren für alles zuständig. Dann begannen die Zuzahlungen, zunächst mit der Kleinigkeit von 50 Pfennig, wo man den Leuten weismachte, das ist doch nur eine Geringfügigkeit, das tut doch nicht weh, aber dann wurde es immer mehr. Später kam die Zuzahlung beim Arzt dazu, die dann glücklicherweise wieder abgeschafft wurde. Alles geht in die Richtung, daß Leute, die arm sind und sich nicht viel leisten können, halt früher sterben. Ich habe noch ganz naiv Medizin in der Annahme studiert, in dem Beruf kannst du eigentlich nur Gutes und Sinnvolles tun, indem du Kranken hilfst. Inzwischen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß der Staat nicht will, daß ich Kranken helfe. Der Staat will, daß ich die Kranken möglichst schnell wieder wirtschaftlich verwertbar, das heißt arbeitsfähig mache. Wer nicht mehr arbeitsfähig ist, soll so schnell wie möglich sterben.

Natürlich wird das nicht in dieser Deutlichkeit gesagt. Man verweigert einfach die Hilfeleistung. Das wird schöngeredet, als sei das zum Wohl des Patienten, aber im Prinzip wird Wirtschaftlichkeit groß geschrieben. Ärzte und auch Krankenhäuser werden eben auch mit ökonomischen Mitteln dazu gedrängt, nichts mehr für die Patienten zu tun. Früher wurde ich als Hausarzt für Tätigkeiten bezahlt, da konnte ich eine Abrechnungsziffer aufschreiben: Ich ha-

be ein EKG gemacht, ich habe Blut abgenommen und dergleichen. Jetzt gibt es Pauschalen. Das heißt, ich lebe am besten von Patienten, die einmal im Quartal kommen, mir ihre Karte geben und sonst nichts brauchen. Bei Leuten, die schwerkrank sind und um die ich mich intensiv kümmerge, zahle ich eher drauf. Ich selber habe eine gemischte Population, solche, für die ich mich sehr einsetze und die mir dafür dankbar sind, und andere, von denen ich eher lebe.

SB: Es ist bekannt, daß das ärmste und das reichste Fünftel der Bevölkerung eine Differenz von zehn Jahren durchschnittliche Lebenserwartung trennt. Kann ein Arzt überhaupt auf die sozialen Umstände in irgendeiner Art Einfluß nehmen, wenn seine Funktion eigentlich darin besteht, den herrschenden Verwertungsbetrieb in Gang zu halten?

MS: Ich bemühe mich im Einzelfall, den Patienten zu helfen, auch entgegen dem Interesse unserer Politik und im Wissen, daß das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Für die Gesellschaft engagiere ich mich zum Beispiel durch mein Buch. Ich habe noch viel mehr in der Schublade, was eigentlich nur darauf wartet, gedruckt zu werden. Seit ich erlebe, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rückschritte machen, bemühe ich mich, dies auch schriftlich zu verarbeiten. So versuche ich etwa den Nachweis zu erbringen, daß unsere multiple Gesundheitsreform ein geplanter Massenmord ist, wenn ich das einmal krass ausdrücke.

SB: Heißt das, daß das Gesundheitswesen Arbeitsfähigkeit her-

stellt, so lange es geht, aber wenn die Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben ist, die Unterstützung nach Maßgabe ihres ökonomischen Nutzens mehr oder minder heruntergefahren wird?

MS: Es wird nicht so deutlich gezeigt, sondern ist mit der Bezahlung von Pauschalen geregelt, nicht nur bei mir als Arzt, sondern auch in den Krankenhäusern. Dort gab es früher Tagessätze, jetzt gibt es Fallpauschalen. Bei einem Tagessatz behielt ein Krankenhaus einen Menschen mit einer Lungenentzündung solange, bis die Erkrankung ausgeheilt war. Erst dann wurde er wieder nach Hause geschickt. Jetzt heißt es, ein junger Mensch hat nach 14 Tagen die Lungenentzündung überwunden und kann heim. Ein alter Mensch braucht aber drei- oder viermal so lange, da müßte das Krankenhaus draufzahlen. Also wird er irgendwann heimgeschickt, auch wenn er noch Fieber hat. Packt er es, hat er Glück, packt er es nicht, hat er eben Pech. Auf diese Art sterben bevorzugt alte Leute, weil sie nicht ausreichend behandelt werden.

Das habe ich vor kurzem selbst erlebt. Eine 82jährige, ziemlich rüstige Patientin hat sich einen Oberschenkelhals gebrochen. Sie wurde in einer Universitätsklinik in München operiert, kam wieder auf die Beine, machte eine Reha, lernte mit Rollator gehen, dann mit Stock. Ein paar Monate später hatte sie eine Wunde am operierten Bein und war ein bißchen bewegungseingeschränkt. Weil sie etwas zu genant war, um gleich Hilfe zu rufen, rief sie mich erst nach ein paar Tagen an. Ich erkannte eine Infektion im Bein und schickte sie in eine Klinik.

Dort mußte sie fünf Stunden warten, bis sie endlich einen Arzt zu Gesicht bekam und aufgenommen wurde. Am nächsten Tag hieß es, der Zustand sei nicht ernst genug, um in der Uni-Klinik behandelt zu werden. Daraufhin kam sie in ein kleines Krankenhaus, das eigentlich gar nicht schlecht war, aber nach einer Woche verschlechterte sich ihr Zustand, dann kam noch eine Lungenentzündung hinzu. Weil sie aufgrund des hohen Fiebers delirant wurde, also wirres Zeug sprach, erfolgte die Rückverlegung in die Uni-Klinik. Sie hatte keine Patientenverfügung und keine Angehörigen am Ort, wo sie wohnte, in München. Ihre beiden Töchter wohnen ein paar hundert Kilometer weg. Eine Tochter kam daraufhin angereist. Ich habe sie darüber aufgeklärt, daß sie mit Fragen rechnen muß in der Richtung: Wollen Sie Ihrer Mutter das noch antun, daß wir ihr einen Schlauch in den Hals schieben? Wollen Sie nicht lieber der Natur ihren Lauf lassen? Ich riet ihr, darauf standhaft zu erwidern: Ich will, daß für meine Mama alles getan wird.

So ist es auch geschehen. Ihre Mutter mußte beatmet werden, aber dann wurde der Tubus nach sehr kurzer Zeit wieder entfernt und die Frau sofort auf eine Normalstation verlegt. Glücklicherweise war die Tochter, die sich freigenommen hatte, noch da und hat mitgekriegt, daß sie zu schnaufen aufhörte. Wieder die gleichen Fragen, wieder wurde intubiert und erneut schnell extubiert. Das gleiche geschah ein drittes Mal. Dann habe ich die Frau auf der Intensivstation besucht, als sie den Tubus noch hatte und langsam zur Bewußtsein

kam. Sie hat mich erkannt, versuchte zu sprechen, was mit dem Schlauch im Hals natürlich nicht ging. Ich bemerkte, daß sie vieles versteht. Als ich ihr sagte, du mußt mir nicht antworten, du kannst jetzt nicht sprechen, weil der Schlauch im Hals steckt, der dir beim Atmen helfen soll, weil du lebensbedrohlich erkrankt warst, wurde sie ruhiger.

Dann habe ich abgewartet, bis die Stationsärztin kam, und ihr gesagt: Frau Kollegin, hier ist einiges sehr schiefgelaufen, weil die Frau dreimal intubiert werden mußte. Ein junger Mensch ist in kürzerer Zeit gesund, beim alten Menschen dauert es halt länger. Die Frau hat nicht nur eine Lungenentzündung, sondern auch eine Infektion im Bein, wegen der sie eigentlich hierherkam. Sie hat dazu ein krankes Herz und mehrere Baustellen im Körper. Aufgrund ihres Alters dauert es halt länger, aber selbst wenn es dreimal so lange dauert wie bei einem Jungen, ist es doch notwendig, sie etwas länger zu intubieren und nach der Extubation, also das Entfernen des Schlauches, noch ein paar Tage zur Beobachtung auf der Intensivstation zu halten.

Meine Worte hatten offensichtlich gefruchtet, denn die Frau wurde lebend entlassen. Doch wenn sich die Tochter nicht eingesetzt hätte und ich nicht als Hausarzt in die Klinik zu Besuch gekommen wäre, dann wäre sie wahrscheinlich verstorben. Die Frau wurde jetzt von ihren Töchtern in der Nähe ihrer Wohnsitze untergebracht, weil sie nicht mehr laufen konnte. Jetzt ist sie provisorisch in der Kurzzeitpflege. Ich habe sie seitdem nicht mehr gesehen, aber ein paarmal mit ihr tele-

foniert. Ich kann mit ihr normal reden, sie ist geistig völlig klar. In dem Fall kann man sagen, daß Kollegen von mir der Meinung waren, daß es besser sei, sie sterben zu lassen, lange genug gelebt habe sie ja. Dafür sehe ich jedoch keinen Grund. Eben für solche Leute setze ich mich ein.

SB: Vor dem Hintergrund dessen, daß ein Arzt verpflichtet ist, einem kranken Menschen mit allen seinen technischen Möglichkeiten zu helfen, geht es bei der Patientenverfügung vor allem darum, eine Therapiebegrenzung zu einem Zeitpunkt zu beschließen, wo er sich eigentlich nicht über die Situation klar sein kann, in der er sich dann befinden wird. Inwiefern ist die Patientenverfügung überhaupt ein sinnvolles Instrument der Selbstbestimmung, um solche Situationen zu bewältigen?

MS: Ich glaube, Therapie begrenzende Patientenverfügungen werden aus kapitalistischen Gründen propagiert. Es wird den Leuten eingeredet, daß sei zu ihrem eigenen Schutz. In der Realität dienen sie eigentlich nur dem Kapitalismus, die Leute sollen schneller sterben. Die Propaganda für die Patientenverfügung ähnelt nach meinem Eindruck sehr der Propaganda der Nazis für ihre "Euthanasie". Zur Nazi-Zeit gab es den Fall eines schwerbehinderten Kindes, dessen Eltern einen Brief an den "Führer" geschrieben haben sollen, damit er erlaubt, das Kind von seinem schweren Leiden zu erlösen. Es wurde also als Wohltat für das behinderte Kind dargestellt, es sterben zu lassen. Der "Führer" war dann so gnädig, seine Erlaubnis zu geben. Natürlich wurde in späteren Fällen

nicht mehr nachgefragt, aber die Propaganda war ähnlich. Das finde ich schon erschreckend.

Nun weiß ich, daß es Patientenverfügungen schon früher gab. Ein Schulkamerad von mir, der Notar wurde, hat mir gesagt, daß, seit er den Beruf ausübt, immer wieder Leute zu ihm kamen mit dem Wunsch, eine Patientenverfügung zu machen. Damals wußte in der Öffentlichkeit fast niemand etwas davon. Wenn jemand von sich aus freiwillig so etwas tun will, rede ich ihm das nicht aus, aber angesichts der massiven Propaganda, die jetzt stattfindet, habe ich den Eindruck, daß es dazu dient, daß die Leute ihre eigene Entsorgung erlauben und dabei der Meinung sind, sie hätten etwas zu ihrem Schutz getan.

SB: In der Linken gab es in den 1990er Jahren durchaus Kritik an verschiedenen biomedizinischen Praktiken wie der Pränataldiagnostik und Präimplantationsdiagnostik. Wie kommt es deiner Ansicht nach, daß heute im linken Politspektrum beispielsweise zu Fragen der aktiven Sterbehilfe weitestgehend eine Leerstelle ist?

MS: Mein Eindruck ist, daß es quer durch die Weltanschauungen geht, ob Leute meine Meinung unterstützen oder eine Gegenmeinung haben. Viele Linke sehen es wie ich, daß der Wunsch, Leute zu entsorgen, dem Kapitalismus entspricht und es daher darum geht, die Leute davor zu schützen. Andere wiederum vertreten die Ansicht, daß ich den Leuten durch das, was ich schreibe, ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen wolle. Das halte ich für ein Mißverständnis. Ich will niemandem das Selbstbestimmungsrecht neh-

men. Vielmehr möchte ich den Leuten, die in Altenheimen bedrängt werden, sie müßten eine Patientenverfügung unterschreiben, sagen, das müßt ihr nicht, ihr könnt auch anders. Ich setze mich also durchaus für das Selbstbestimmungsrecht ein. Natürlich kann man das unterschiedlich sehen.

SB: Inzwischen ist die aktive Sterbehilfe in den Niederlanden und in Belgien weit fortgeschritten. Auch geistig behinderte Menschen ohne Einwilligungsbefähigung werden mit ärztlicher Hilfe vom Leben in den Tode befördert. In Kanada und den USA finden ähnliche Entwicklungen statt. Was würdest du aus linker Sicht an dieser zusehends verrechtlichten Form des vorzeitigen Todes kritisieren?

MS: Aus linker Sicht möchte ich sagen, daß es dem Kapitalismus dient, daß Leute dann entsorgt werden, wenn sie die Gesellschaft etwas kosten. Im Kapitalismus findet im Gesundheits- und Bildungswesen Dumping statt, so daß die Gelder anderswohin fließen können. Als Linker möchte ich mich dafür einsetzen, daß junge Menschen ein Recht auf Bildung haben, wie auch für das Recht jedes Menschen, der krank ist, ob jung oder alt, auf Erhalt des Lebens und der Gesundheit, so weit es herstellbar ist. So sehe ich das als Linker.

Natürlich gibt es auch Fehlentwicklungen in der linken Szene. Wenn mir unterstellt wird, ich wollte den Menschen das Selbstbestimmungsrecht absprechen, bin ich gerne bereit, darüber zu diskutieren. Ich weiß nicht, wie es hier in Berlin ist, ich selbst kom-

me ja aus Bayern, und vielleicht ist die linke Szene in Bayern ganz besonders krass.

Das bayerische Staatsministerium der Justiz hat eine Broschüre für Patientenverfügungen herausgegeben, genau in dem Format wie mein Buch. Auf einer ganzen Seite ist ein Fragebogen, wo man verschiedene Fälle ankreuzen kann. In der ersten Hälfte der Seite findet man einen ganz langen Konditionalsatz, den keiner beim ersten Lesen versteht, den man mindestens ein zweites Mal lesen muß. Die Leute, die vielleicht schon ein bißchen altersdement sind, verstehen allerdings gar nichts. Der zweite Teil des Satzes ist dann für die Wünsche reserviert: Ich möchte auf keinen Fall eine Reanimation haben, auf keinen Fall eine künstliche Beatmung, auf keinen Fall eine künstliche Ernährung und so weiter, alles Dinge, die manchmal nur ganz kurzfristig gemacht werden müssen, um ein lebenswertes Leben zu erhalten, damit der Mensch nachher wieder herumlaufen und ganz normal weiterleben kann.

Die Leute lassen sich jedoch einreden, wenn so etwas geschieht, dann bist du ewig ein Krüppel, wirst ewig gequält. Dann steht unter den Wünschen noch, ich möchte, wenn mir etwas wehtut, soviel Schmerzmittel bekommen, daß ich nichts mehr spüre, auch wenn das vielleicht mein Leben verkürzt. Dieses "vielleicht" übersehen die Leute. Die Kombination der Verabreichung von Schmerzmitteln mit dem Wunsch, auf keinen Fall künstlich beatmet zu werden, finde ich fatal. Als Fachmann weiß ich, daß starke Schmerzmittel in hoher Dosierung den Atemantrieb hemmen,

der medizinische Laie weiß das meistens nicht. Die Leute wissen also nicht, daß sie im Grunde unterschreiben, wenn mir etwas wehtut, dann bringt mich bitte um.

Ich war im Januar in einem Münchner Krankenhaus in einer Veranstaltung der Volkshochschule, durchaus eine renommierte Organisation, zum Thema Patientenverfügung. Es sprachen ein Oberarzt, ein anderer Arzt und eine Sozialarbeiterin. Alle rühmten die Patientenverfügung als etwas ganz Tolles und daß, wenn man aufschreibt, wie man es genau haben will, falls man einmal schwerkrank ist, dann alles exakt so gemacht würde. Ich halte das für völlig illusorisch. Nach den Referenten konnte das Publikum noch Fragen stellen. Ich habe mich sogleich als Hausarzt wie auch als Notarzt geoutet und gesagt, daß es mich sehr beunruhigt, daß hier etwas propagiert wird, das viele Leute unterschreiben, ohne den Sinn verstanden zu haben. Ich habe zum Schluß meiner Rede eigentlich eine Antwort erwartet, aber die kam nicht. Auf jeden Fall war der Moderator, als ich sprach, ziemlich zusammengezuckt. Statt zu antworten, wurde der nächste, der die Hand hob, um seine Frage gebeten. Nachher haben mich einige aus dem Publikum nach meinem Buch gefragt. Die Referenten taten mir eigentlich leid. Sie werden dafür bezahlt, daß sie die Patientenverfügung rühmen, sie durften mir nicht zustimmen, aber widersprechen konnten sie mir auch nicht, weil sie wissen, daß es so ist, wie ich sage.

SB: Sogenannte Lebensschützer verwenden den Begriff der

"Euthanasie", der in Deutschland eindeutig zugeordnet ist zum Tötungsprogramm der Nazis. Häufig wissen die Leute jedoch nicht, daß das Thema der Eugenik in den 1920er Jahren auch unter Sozialdemokraten positiv besetzt war. Es gab also bereits vor den Nazis eine eugenische Bewegung, unter der sich teilweise auch sozial fortschrittliche Kräfte befanden. Kann man aus heutiger Sicht allen Ernstes Parallelen zu dem konkreten Tötungsprogramm der Nazis ziehen?

MS: Man kann nicht sagen, daß alles das gleiche ist, es sind schon unterschiedliche Ausprägungen, aber ich würde sagen, es gibt sehr wohl Parallelen. Das Wort "Euthanasie" hat übrigens einen Bedeutungswandel erlebt. Es bedeutete ursprünglich, einem Sterbenden zu helfen und sein Sterben zu erleichtern. Dann nahm es langsam die Bedeutung an, das Sterben zu beschleunigen, bis es schließlich zu einem Synonym für die Massenmorde der Nazis wurde.

Ich habe den Eindruck, daß das Wort Palliativmedizin jetzt den gleichen Bedeutungswandel erlebt. Als ich Medizin studierte, haben wir gelernt, daß es Krankheiten gibt, die man manchmal heilen kann und manchmal nicht, wie Krebserkrankungen. Eine kurative Behandlung heißt, wir haben die Chance, den Krebs zu entfernen und der Mensch ist geheilt, der Krebs ist weg. Und es gibt Fälle, da kann man das nicht. Wenn man dann sagt, wir wollen uns aber bemühen, dem Menschen zu helfen, daß er so gut wie möglich und auch so lang wie möglich leben kann, sei es mit Zytostatika und was auch immer,

dann nennt man das eine palliative Behandlung. Palliativ heißt also eindeutig, so wie ich es gelernt habe, das Leben zu erhalten, so lange wie möglich. Heute hat es oft im Klinikjargon die gegenteilige Bedeutung. Wenn ein Patient zum palliativen Fall wird, braucht er nur noch Schmerzmittel, sterben wird er ohnehin, und je schneller es geht, desto weniger leidet er. So wird das Wort heute verwendet - die gleiche Bedeutungsveränderung wie früher beim Wort "Euthanasie".

SB: Die Hospizbewegung hatte meist eine kritische Position gegenüber aktiver Sterbehilfe eingenommen. Nun wird zum Beispiel in einigen kanadischen Hospizen auch die Option der aktiven Sterbehilfe angeboten. Das ist eine fatale Entwicklung, weil damit eine Bewegung, die dafür sorgen will, daß Menschen nicht unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Lebensende verbringen, möglicherweise zu einem Einfallstor für medizinische Formen des vorzeitigen Ablebens wird. Wie schätzt du das ein?

MS: Hospiz verstanden in dem Sinne, daß man für Leute, die nur noch eine geringe Lebenserwartung haben, sei es aufgrund einer bösartigen Erkrankung oder welcher Erkrankung auch immer, eine Umgebung schafft, in der sie ihre letzten Tage möglichst gut verbringen können, finde ich sehr sinnvoll. Aber ich habe auch die Befürchtung, daß manchmal dem Sterben nachgeholfen wird. Ich habe erlebt, daß jemand mit einem bösartigen Tumor, der noch kurz zuvor bei mir war und an dem eine zytostatische Behandlung probiert wurde, die er nicht vertragen hat, mich bat, ob ich

ihm vielleicht eine Aufnahme in einer Uni-Klinik vermitteln könnte für eine Alternativbehandlung. Nach kurzer Zeit verschlechterte sich sein Zustand. Er geht zu Fuß in seinem Heimatort in ein Krankenhaus, wird auf eine Palliativstation verlegt, bekommt eine Infusion, ist dann schläfrig, kann nicht mehr aufstehen und stirbt nach wenigen Tagen.

Seine Schwester bat mich, als er noch am Leben war, rufe bitte die Stationsärztin an, da stimmt doch etwas nicht, wie kann sich sein Zustand so schnell verschlechtern? Dort sagte man mir, er habe einen Infekt. Ob er behandelt wird, wollte ich wissen. Nein, das machen wir bei uns nicht. Ich bin schon der Meinung, daß Leute, auch wenn sie nahe am Tod sind, das Recht haben, daß man ihr Leben erhält, solange es möglich ist. Wenn er es nicht will, ist das etwas ganz anderes, aber wenn er es will, hat er ein Recht darauf, und das wird wohl manchmal in Pal-

liativstationen nicht ernstgenommen. Ich kann das nicht verallgemeinern.

Eine Erfahrung mit Palliativmedizin habe ich selbst gemacht. Ich habe eine Patientin, deren Sohn an einem bösartigen Hirntumor leidet. Ich kenne nur die Mutter, den Sohn selber habe ich nicht kennengelernt. Die Mutter hat ihn gepflegt, solange sie das irgendwie konnte. Dann hat sich bei ihm eine Halbseitenlähmungssymptomatik ähnlich wie beim Schlaganfall infolge der Ausbreitung des Tumors entwickelt, worauf sie sich auch körperlich nicht mehr in der Lage sah, ihn weiterhin zu betreuen. Sie brachte ihn in ein Hospiz, wo er sich eigentlich wohlfühlt hat. Er wußte, daß er bald sterben würde, bekam Besuch von seiner Mutter und seinen Freunden und so weiter.

Aber wider Erwarten war er nach einem halben Jahr noch am Leben, obwohl seine Lebenserwar-

tung sicher eng begrenzt ist. Der Aufenthalt im Hospiz ist auf ein halbes Jahr beschränkt. Die Mutter war jedoch nicht in der Lage, ihn aufzunehmen, und so kam er in ein Krankenhaus, wo er sehr viel weniger Pflege erhält und sich einfach schlecht fühlt. Wenn man sagt, man will die letzten Tage im Leben eines Patienten wenigstens so angenehm wie möglich gestalten, dann ist das ein bißchen schiefgelaufen. Nach einem halben Jahr mußte er das Hospiz verlassen, und er hat nun wirklich nicht mehr lang zu leben. Aber man kann nicht sagen, jetzt stirb schnell. Er lebt immer noch seit einem dreiviertel Jahr, obwohl man ihm höchstens eine Woche gegeben hatte.

SB: Michael, vielen Dank für das Gespräch.

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbri0094.html>

Beiträge zur Konferenz

**"Die kapitalistische Moderne herausfordern III" im Schattenblick unter:
www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT:**

- BERICHT/068: Linke Buchtage Berlin - der belesene Blick nach vorne ... (SB)
- BERICHT/069: Linke Buchtage Berlin - besinnliche Gegenwart ... (SB)
- BERICHT/072: Linke Buchtage Berlin - Rote Zora und die Archive des Alltags ... (SB)
- BERICHT/073: Linke Buchtage Berlin - polizeistrategisch nachgeladen ... (SB)
- BERICHT/074: Linke Buchtage Berlin - Ökonomie nicht ausschlaggebend ... (SB)
- BERICHT/075: Linke Buchtage Berlin - schadensbegrenzte Beteiligung ... (SB)
- INTERVIEW/091: Linke Buchtage Berlin - es antwortet die Straße ...
Andreas Blechschmidt im Gespräch (SB)
- INTERVIEW/092: Linke Buchtage Berlin - Befangenheit und Selbstbetrug ...
Andreas Hechler im Gespräch (SB)
- INTERVIEW/093: Linke Buchtage Berlin - Anstoß nach rechts ...
Gerd Wiegel im Gespräch (SB)
- INTERVIEW/094: Linke Buchtage Berlin - Wirtschaftlichkeitsprämisse ...
Michael Skambraks im Gespräch (SB)



Foto: © by Schattenblick

Begünstigt sind die Zornigen

20 Und er hob seine Augen auf über seine Jünger und sprach:

Selig seid ihr Armen; denn das Reich Gottes ist euer.

21 Selig seid ihr, die ihr hier hungert; denn ihr sollt satt werden.

Selig seid ihr, die ihr hier weinet; denn ihr werdet lachen.

22 Selig seid ihr, so euch die Menschen hassen und euch ausstoßen und schelten euch und verwerfen euren Namen als einen bösen um des Menschensohnes willen.

23 Freuet euch an jenem Tage und frohlocket; denn siehe, euer Lohn ist groß im Himmel. Desgleichen taten ihre Väter den Propheten auch.

(Neues Testament, Lukas Evangelium, Kapitel 6, Vers 20-23, Seligpreisungen)

Und er hob seine Augen auf über seine Schüler und sprach:

"In Wahrheit sind die Armen stark, denn sie haben nichts zu verlieren. Ihr Hunger lehrt sie die Sättigung und die Kraft des angestauten Zornes, und er ist unverdorben vom Schlingen, Prassen und Verschwenden. Nur solche, welche Tränen und Schmerzen kennen, wissen, wofür sie kämpfen und sind fähig, von Herzen zu lachen. Unbeugsam sind sie, wenn sie um dieser Wahrheiten willen beschimpft, gehaßt und verworfen werden, denn die Reichen und Gewaltigen fürchten ihren Aufstand. Laßt euch diese Gewißheiten nicht nehmen, denn ihr könnt euch des Sieges sicher sein. Schon immer mußten sich die Unterdrückten selbst befreien."

(aus:

Helmut Barthel: Ein Zimmermann in der Wüste. Es begab sich aber vielleicht auch ... Eine heitere Exegese neutestamentarischer Begebenheiten, MA-Verlag 2016, Seite 43f.)

Ihre Schattenblick-Redaktion

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Weich` Ei...



Grafik: © 2018 by Schattenblick

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**Sarah Wagenknecht:
"Ramstein steht nicht für Sicherheit, sondern für Gefahr"**

Nachricht vom 4. Juli 2018

Vor den Toren der US Air Base Ramstein sprach Sarah Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, am 30. Juni 2018 auf der Abschlusskundgebung zu über 2.500 Demonstrierenden und schloss sich mit deutlichen Worten der Forderung an, die Militärbasis endlich zu schließen.

Ihre Rede kann hier vollumfänglich nachgelesen werden:

Liebe Freundinnen und Freunde

Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein kann, und, dass ihr alle heute hier seid. Wir sind hier, um Flagge zu zeigen gegen diese US-amerikanische Air Base, aber auch ganz allgemein gegen völkerrechtswidrige Kriege, gegen Aufrüstung und gegen all das, was diese Welt kaputt macht und immer mehr Menschen aus ihrer Heimat vertreibt.

Dagegen demonstrieren wir heute und ich finde das großartig, dass so viele jetzt hier sind, immerhin ist es bei diesem Wetter ja auch erschwert unter diesen Bedingungen.

Die US-Militärbasis Ramstein war schon ein ganz zentrales Drehkreuz für sehr, sehr viele völkerrechtswidrige Kriege. Hierüber wurde und wird immer noch

der Angriff und der Krieg gegen Afghanistan abgewickelt. Hierüber wurde der Irak-Krieg abgewickelt. Von wegen Deutschland hätte mit diesem Krieg nichts zu tun gehabt. Nein, die Zerstörung dieser Länder lief auch und nicht zuletzt über Ramstein. Natürlich muss man genauso thematisieren, weil das gerade die aktuelle Bedrohung ist, wenn die USA einen Krieg gegen den Iran führen und ich meine sie bereitet einen solchen Krieg vor, dann wird wieder Ramstein eine Schlüsselstellung haben und auch das sollte ganz klar sein. Deswegen wollen wir diese Air Base schließen. Wir wollen keine weiteren völkerrechtswidrigen Kriege. Wir wollen keinen Angriff auf den Iran, der das nächste Land verwüstet und zerstört. Das ist eine verbrecherische Politik und dagegen stehen wir auf und deswegen sind wir heute hier.

Ich möchte aus aktuellem Anlass auch noch einmal auf den vorgestrigen EU-Gipfel Bezug nehmen, da haben alle Regierungschefs der EU stundenlang gebrütet, wie sie die Flüchtlingszahlen reduzieren können und in diesen ganzen Stunden, wo sie zusammen saßen, haben sie keine fünf Minuten darüber geredet, warum so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Ein wesentlicher Grund dafür sind doch gera-

de diese Kriege, sind die Zerstörungen, ist die Regime-Change-Politik, die nach wie vor verfochten wird. Das ist doch ein wesentlicher Grund, warum wir überhaupt so große Fluchtbewegungen haben neben der ökonomischen Ausbeutung und deswegen sagen wir, wir brauchen keine EU-Gipfel, wo nur darüber nachgedacht wird, in welche Lager man Menschen steckt. Wir brauchen endlich eine EU, die sich dafür einsetzt, dass tatsächlich diese Kriegspolitik aufhört und die Menschen in ihrer Heimat sicher leben können und dort auch Perspektiven haben. Dafür muss diese Air Base weg.

Es sind noch weitere Verbrechen, die hier zumindest logistisch unterstützt werden. Ich möchte noch einmal Bezug nehmen auf den Drohnen-Krieg, der ja kaum in der großen Presse stattfindet aber unverändert geführt wird, wo ex-territoriale Tötungen in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia und anderswo per Knopfdruck angeordnet werden. Ab und an trifft es vielleicht mal einen Terroristen, aber viel öfter trifft es einfache Zivilisten,

Hochzeitsgesellschaften, Familien, die zufällig gerade in der Nähe waren oder man hat sich in der Hausnummer geirrt und das falsche Haus ist zerstört worden.

Da sage ich auch ganz klar, das ist ein unglaubliches Verbrechen, das ist kriminell und es dürfte von hier und von Deutschland aus in keiner Weise unterstützt werden. Auch deswegen muss die Air Base Ramstein geschlossen werden.

Ich finde, es ist auch eine Frage der demokratischen Souveränität, dass es in diesem Land keine Regionen geben darf, wo das Grundgesetz nicht gilt und laut Grundgesetz ist es einfach überhaupt nicht erlaubt weder völkerrechtswidrige Angriffskriege zu führen noch exterritoriale Tötungen per Drohne durchzuführen. Das ist grundgesetzwidrig, das heißt das was hier stattfindet, ist eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz, wenn er mal seine Aufgaben wahrnehmen würde.

Ich meine dieses Netz von Militärbasen, dass die USA errichten, dass sie auch hier in Deutschland errichtet haben, das ist natürlich auch ein ganz wichtiges Instrument globaler Vorherrschaft. Es gibt 1.000 Militärbasen der USA und die gibt es nicht, um in den Ländern, wo sie sind, Sicherheit zu geben, sondern die gibt es, um globale Vorherrschaft zu demonstrieren. Ich finde es schlimm, wie gerade auch unsere Regierung, insbesondere auch unter Angela Merkel, immer wieder der US-Politik hinterhergelaufen ist, sich immer wieder untergeordnet hat und all das mitgemacht hat, was von dort angeordnet wurde. Das ist wirklich völlig inakzeptabel.

Wir brauchen endlich wieder eine eigenständige Politik. Da hat ja sogar Gerhard Schröder noch besser agiert, als das Angel Merkel tut. Immerhin hat er ab und an

zumindest mal nein gesagt. Zu dieser Unterordnung gehört ja auch, dass man jetzt versucht eine wahnsinnige Aufrüstung voranzutreiben. Zu dieser Unterordnung gehört natürlich auch, dass man diese unsägliche Aufrüstungsspirale mitmacht, die Herr Trump uns jetzt versucht zu diktieren. Da hat ja Frau Merkel auch schon wieder grünes Licht gegeben.

Und ich finde das wirklich auch eine Blamage, dass selbst die SPD die im Wahlkampf genau das Gegenteil versprochen hat, das alles schon wieder mitmacht. Das kann doch wohl nicht wahr sein, Atomwaffen modernisieren, neue Aufrüstungsbeschlüsse in Deutschland, womöglich 30 Milliarden mehr in Zukunft für Aufrüstung. Das ist doch der blanke Wahnwitz. Dieses Geld brauchen wir für sinnvolle Dinge. Niemand profitiert außer den Rüstungskonzernen davon, dass wir immer mehr Geld in Waffen und Panzer stecken und auch das muss endlich zu Ende sein und dagegen erheben wir unsere Stimme hier.

Diese Air Base steht nicht für Sicherheit, sondern sie steht für Gefahr. Sie steht auch dafür, dass die USA ganz geschickt kalkulieren, wenn es irgendwann mal Kriege gibt, dass sie dann hier in Europa stattfinden und nicht bei ihnen. Da müssen wir ganz klar sagen: nein, nochmals nein und wieder nein.

Wir wollen keinen Krieg, wir wollen besseres Verhältnis zu Russland, wir wollen Abrüstung und wir wollen eine friedliche Welt und dafür sind wir heute hier. Dankeschön!

Link zum Video:

<https://youtu.be/2elxIi9ywz0>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

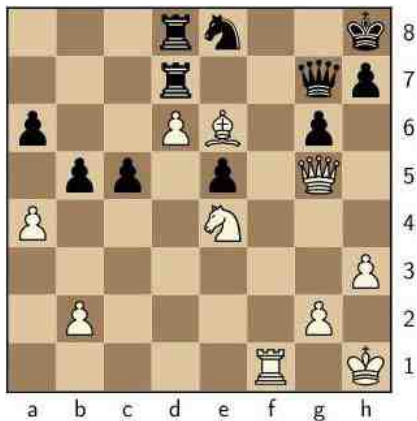
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/fakten/pfred985.html>

SCHACH - SPHINX

Beweglichkeit als höchstes Prinzip

(SB) - Bei Eduard Lasker lesen wir: "In neun von zehn Fällen wird der Spieler, der seine Figuren auf Plätze bringt, die er vom Gesichtspunkt der Beweglichkeit aus gesucht hat, seinem Partner überlegen sein, der dieses Prinzip nicht befolgt. Denn wenn sich ein gutes Angriffsziel in Gestalt eines blockierten Bauern oder einer gefesselten Figur bietet, wird der Spieler, der die beweglicheren Figuren führt, in der Lage sein, mehr Kräfte als der Gegner auf dieses Ziel zu richten." Beim Studium vieler Partien wird man erkennen, daß das Hauptkriterium für den Sieg eben in diesem Zuwachs an Figurenbeweglichkeit zu finden ist. Wer seinen Turm zum Statisten degradiert, indem er ihn einen bloßen Bauern blockieren läßt, oder seine Dame zu Hausmädchenpflichten verdonnert bzw. seinen

Springer in irgendeinen fremden Stall versauern läßt, der wundere sich nicht, wenn zuletzt im Fehlen eines zusammenführenden Zieles die Partie verlorengeht. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte der ungarische Großmeister Szabó trotz der Schwungmasse einer gewonnenen Qualität alle erdenklichen Makel und Untugenden einer schlechten Stellung auf seiner Seite. Für Pachmann wäre es nun bequem, aber nicht sinnvoll gewesen, mit 1.Le6xd7 die Qualität zurückzuerobern. Er hätte dabei einen gut Teil seiner Beweglichkeit eingebüßt. Was wäre statt dessen konsequenter gewesen, Wanderer?



Pachmann - Szabó
Mar del Plata 1962

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Klettern wir bis ins Dunkel des Brunnens hinunter oder werfen das Auge bis in den strahlenden Himmel empor - bei jeder Mühe und Gelegenheit treffen wir dann auf kleine Wunderwerke: 1...f6xg5 2.De2-e6+ Kg8-h8 3.Tf5-f7! Tf8xf7 4.Tf1xf7 Ta8-e8 5.De6-h3 Kh8-g8 6.Dh3-h5 h7-h6 7.Ld3-c4 Kg8-h8 8.Tf7-f6!! und die Drohungen 9.Tf6xh6+ und 9.Dh5xe8+ sind unparierbar. Weniger kunstvoll war 4...Dc7-c6 5.De6xc6 Lb7xc6 6.Tf7xe7 a6-a5 7.Ld3-e4 mit einem bequem zu gewinnenden Endspiel für Weiß.

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Iran - nationaler Schulteranschlag gegen die USA ...

(SB) 6. Juli 2018 - Im Persischen Golf stehen die Zeichen eindeutig auf Krieg. Den Auftakt zur Konfrontation machte Präsident Donald Trump, als er am 8. Mai den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus dem Jahr 2015 verkündete und diverse amerikanische Finanz- und Handelssanktionen wieder in Gang setzte. Mit der Abkehr von der Aussöhnungspolitik Barack Obamas gegenüber dem Iran verfolgt Trump auf Drängen seiner neokonservativen Berater sowie der konservativen Regierung Benjamin Netanjahus in Israel das Ziel eines Regimewechsels in Teheran. Zu diesem Zweck sollen die Iraner wirtschaftlich dermaßen in die Not getrieben werden, daß sie sich gegen die "Mullahs" erheben und sie stürzen. Doch alles spricht dafür, daß sich die Islamische Republik des Irans als recht widerstandsfähig erweist und Washingtons Eskalation in einen großen Krieg mündet, der die Strafexpeditionen des Pentagons gegen Saddam Husseins Irak 2003 und Muammar Gaddhafis Libyen 2011 weit in den Schatten stellen wird.

Der Austritt der USA aus dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), zu dessen Unterzeichner auch China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Rußland gehören, hat die iranische Wirtschaft hart getroffen. Viele europäische Großunternehmen, die Projekte im Iran angepeilt hatten, treten davon entwe-

der zurück oder wollen von ihren früheren Investitionszusagen nichts mehr wissen. Die Hoffnung, die EU würde den betroffenen Unternehmen rechtlichen Schutz vor amerikanischen Strafmaßnahmen garantieren, ist nicht in Erfüllung gegangen. Allen Bekenntnisse der Europäer zu ihren eigenen "Werten" und aller Kritik aus Berlin, Brüssel, London und Paris über das selbstherrliche Verhalten Trumps zum Trotz wagt auf dem "alten Kontinent" niemand, dem großen NATO-Verbündeten Amerika zu widersprechen, geschweige denn gegen die unfaire Behandlung des Irans zu protestieren.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) seit 2015 dem Iran einhundertprozentige Einhaltung seiner Verpflichtungen nach dem JCPOA bescheinigt hat. Die Amerikaner und die Europäer dagegen sind diejenigen, die vertragsbrüchig geworden sind, denn die Teheran in Aussicht gestellte Verbesserung der Handelsbeziehungen ist ganz und gar nicht in Erfüllung gegangen. Niemand konnte sicher sein, daß die vom Demokraten Obama und seinem Außenminister John Kerry eingeleitete Wende in den Beziehungen zwischen Washington und Teheran Bestand haben würde. Netanjahu und seine zionistischen Freunde im US-Kongreß waren stets gegen den Atomvertrag. Mit dem Republikaner Trump haben sie seit Januar 2017 einen Präsidenten im Weißen

Haus, der den von ihnen favorisierten "harten" Kurs gegenüber dem Iran verfolgen wird.

Noch im Juni hatte das US-Außenministerium alle Länder der Welt aufgefordert, bis November den Import von iranischem Öl "auf Null" herunterzufahren. Die Strangulationspolitik Washingtons zeigt inzwischen erste Wirkung. Der iranische Rial befindet sich im freien Fall und verliert gegenüber dem Dollar massiv an Wert. Ende Juni kam es deswegen zu dreitägigen Demonstrationen in Teheran, an denen die Händler des dortigen Bazaars maßgeblich beteiligt waren. Anfang Juli brachen in mehreren südlichen Provinzen Proteste aus. Auslöser war Wasserknappheit infolge einer Jahrhundertdürre, doch wurden auch regimekritische Parolen skandiert.

Am Wochenende des 30. Juni, 1. Juli fand in Paris eine Tagung der oppositionellen iranischen Volksmudschaheddin (MEK), die bekanntlich seit Jahren aus dem europäischen Exil heraus im Auftrag des Mossads und der CIA Attentate und andere Aktionen im Iran durchführt, statt. An der Konferenz nahmen mehrere namhafte US-Politiker teil, darunter Trumps Anwalt, der republikanische Ex-Bürgermeister von New York Rudolph Giuliani, sowie die Anführerin der demokratischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus Nancy Pelosi. Unter großem Beifall der MEK-Delegierten erklärte Giuliani bei seinem Auftritt, die jüngsten Proteste im Iran seien natürlich "nicht spontan", wenn alles gut lief, würde man die Konferenz nächstes Jahr in Teheran abhalten können. Für die Richtigkeit zumindest des ersten Teils der Aussage Giulianis spricht eine Meldung des is-

raelischen Nachrichtensenders Channel 10 vom 3. Juni, wonach Washington und Tel Aviv vor einigen Wochen eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet haben, deren einzige Aufgabe in der Destabilisierung des Irans besteht.

Wie der Zufall so will, hat an jenem Wochenende die Polizei in Belgien zwei Iraner festgenommen, die angeblich einen Bombenanschlag auf die MEK-Tagung vorbereiteten. Zudem wurde in Deutschland ein Mitglied des iranischen Botschaftspersonals in Wien verhaftet, der angeblich mit den beiden Männern etwas zu tun gehabt hat. Teheran hat die ganze Episode in Belgien als eine fingierte Geschichte der MEK abgetan, die den Besuch des iranischen Präsidenten Hassan Rohani in Europa überschatten sollte. Seinerseits hat Rohani nicht vor deutlichen Worten an die Adresse der USA gespart. Bei einer Pressekonferenz am 3. Juni in der Schweizer Hauptstadt Bern erklärte er, der Iran werde keine Situation zulassen, in der es als einziges Land am Persischen Golf kein Öl auf dem Weltmarkt absetzen könne.

Mit der verklausulierten Drohung, die Straße von Hormus für den Schiffsverkehr zu schließen, hat der Reformler Rohani die Hardliner im eigenen Land hinter sich gebracht. Es gab ausdrücklichen Lob seitens Qassem Suleimani, dem legendären Anführer der Quds-Brigade der iranischen Revolutionsgarde, der dem Obersten Führer Ali Khamenei nahesteht und seit Jahren das militärische Engagement des Irans beim "Antiterrorkampf" in Syrien und dem Irak koordiniert. Am 5. Juni hat sich Mohammad Ali Dschafari, der Oberbefehlshaber der ira-

nischen Revolutionsgarde, gegenüber der halbstaatlichen Nachrichtenagentur Tasmin zuversichtlich gezeigt, die Drohung Rohanis in die Tat umsetzen zu können: "Wir werden dem Feind zu verstehen geben, daß entweder alle die Straße von Hormus befahren können oder keiner."

Irans Hardliner haben offenbar erkannt, daß Rohani, der sich jahrelang unermüdlich für das Atomabkommen und bessere Beziehungen zum Westen einsetzte, den Iran nach außen hin am besten vertreten kann, wenn es zum großen Showdown mit den USA - und Israel - kommen sollte. So schnell werden die westlichen Medien den stets freundlich auftretenden Rohani wohl kaum zum neuen Hitler aufbauschen können. Währenddessen bemüht sich Teheran fieberhaft, seine Handelsbeziehungen, vor allem seine Ölexporte nach China und Indien, die beiden wichtigsten Abnehmerländer, aufrechtzuerhalten. In China gelten die Ausfuhrssanktionen für iranisches Öl und Gas als Teil jenes schweren Handelskrieges, den Trump ohnehin gegen die Volksrepublik vom Zaun gebrochen hat. Neu-Delhi versucht indessen, aus der neuen Situation den besten Deal für sich herauszuholen und laviert. Südkorea, bisher Irans drittgrößter Ölabnehmer, hat sich durch Trumps Friedensavancen gegenüber Nordkorea offenbar bestehen lassen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters am 3. Juni meldete, sind die Südkoreaner dabei, den Iran als Ölquelle durch Kasachstan zu ersetzen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1606.html>

Kongo - Jagd auf die Reste ...

(SB) 6. Juli 2018 - Die Demokratische Republik Kongo hat beschlossen, daß auch in Nationalparks nach Öl gebohrt werden darf. Davon sind unter anderem die vom Aussterben bedrohten Berggorillas im weithin bekannten Virunga-Nationalpark betroffen. Umweltschützer gehen davon aus, daß, wenn auf 21 Prozent der Fläche dieses Parks Ölfördermaßnahmen ergriffen werden, wie es geplant ist, dies auch die restlichen rund vier Fünftel schädigen wird. Ebenfalls betroffen von der Freigabe der Ölförderung ist eines der weltweit größten Regenwaldschutzgebiete, der Salonga-Park. Die Regierung Kongos erklärt, sie allein habe das Recht dazu, überall im Land solche Arbeiten zu genehmigen.

Die meisten Staaten weltweit haben einen ähnlichen Kurs wie Kongo eingeschlagen, nur wenige folgen dem von Klimaschützern angemahnten Verzicht auf die Förderung. 80 bis 90 Prozent der bekannten Lagerstätten an fossilen Energieträgern Erdöl, Erdgas und Kohle müssen in der Erde bleiben und dürfen nicht verbrannt werden, um die schon jetzt unabwendbaren klimatischen Veränderungen, die auf die Menschheit zukommen, zumindest abzumildern. Bis jetzt sieht es nicht so aus, als käme die Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit dieser Forderung nach. Deutschland, die USA, Rußland, Polen und zahlreiche weitere Staaten setzen unverdrossen auf die klimaschädlichen Energieträ-

ger und werden mindestens in den nächsten zehn Jahren nicht davon abrücken. In diesem Zeitraum entscheidet sich jedoch das Schicksal des Planeten, denn was die Menschen heute noch an Treibhausgasen emittieren, hat Folgen, die weit ins nächste Jahrhundert hinein und darüber hinaus zu spüren sein werden. Die Meere versauern, die Gletscher schmelzen, die großen Eisschilde der Erde zerlegen sich. Insofern sollte man besser nicht von "Schicksal" sprechen, sondern von interessengeleiteten Entscheidungen, die globale Konsequenzen zeitigen.

Nun also auch noch das große, kleine Kongo-Kinshasa. Groß von der Fläche her, klein hinsichtlich des Handlungsspielraums seiner von Bürgerkrieg, Korruption, Haushaltslöchern und Schulden geprägten Regierung. In dem Land wird bereits kräftig Öl gefördert, die Nationalparks, die wegen ihrer einzigartigen Biodiversität als UNESCO-Welterbestätten eingeordnet sind, waren jedoch bislang davon verschont geblieben. Neu ist das Anliegen der kongolesischen Regierung jedoch nicht, schon vor einigen Jahren setzte das britische Unternehmen Soco International dazu an, im 1720 km² großen Virunga-Nationalpark nach Öl zu bohren, hat sich jedoch aufgrund massiver Proteste weltweit von dem Projekt zurückgezogen.

Der Nachbarstaat Uganda ist nicht so zimperlich. Die Regie-

rung des Langzeitpräsidenten Yoweri Museveni läßt bereits Öl aus dem ugandischen Teil dieses 1925 gegründeten und damit ältesten afrikanischen Nationalparks fördern. Das bedeutet, daß der Lebensraum für Berggorillas, Waldelefanten, Okapis und zahlreiche andere Tierarten immer enger wird. Nun geht es auch noch den letzten Refugien an den Kragen. Einmal mehr erweist sich, wie bedeutungslos die Ausweisung einer Landschaft als Nationalpark ist, sobald übergeordnete Interessen ins Spiel kommen. Die Parks sind sozusagen eine Form der Vorratshaltung von Ressourcen. Solange man diese nicht anrührt, kann man den Eindruck erwecken, als wolle man aus einem tiefen inneren Anliegen heraus Flora, Fauna und ihr ganzes biotopisches Zusammenspiel bewahren. Faktisch werden jedoch nur die Rohstoffe so lange aufbewahrt, bis sie eines Tages gebraucht werden.

Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo argumentiert, sie habe das Recht, auf ihrem Staatsgebiet nach Erdöl bohren zu lassen. Das trifft zu. In dieser rechtbasierten Weltgesellschaft ihr das abzusprechen, würde den Verdacht nähren, man wolle in kolonialistischer Kontinuität bestimmen, was die Gesellschaften im globalen Süden zu tun und zu lassen haben.

Es gibt jedoch Alternativen. Man könnte in Anlehnung an das gescheiterte Vorhaben der früheren

ecuadorianischen Regierung, das unter dem überaus artenreichen Yasuní-Nationalpark liegende Erdöl nicht zu fördern, sofern die Weltgemeinschaft bereit ist, dafür eine Entschädigung zu leisten, einen Klimaschutzfonds für eben solche Zwecke einrichten. Der Regierung der DR Kongo könnte ein Angebot unterbreitet werden, das Erdöl im Boden zu lassen, wenn sie für die entgangenen Einnahmen einen Ausgleich erhalte. Über die Form der Unterstützung ließe sich reden. Es könnte in Form einer Entschuldung, der Öffnung von Märkten des globalen Nordens oder anderer Maßnahmen erfolgen, so daß der kongolesischen Bevölkerung daraus keine Nachteile erwachsen.

Ein solcher Schritt könnte sogar Schule machen, die DR Kongo würde anderen als Vorbild dienen. Auf diese Weise entstünde vielleicht eine ganz andere Rohstoffkultur, bei der es sich lohnt, etwas im Boden zu lassen, anstatt es ans Tageslicht zu holen und in die industriellen Produktionsläufe einzuspeisen. Doch wer hat daran ein Interesse? Etwa die deutsche Regierung? Sie hatte einst die Yasuní-Initiative maßgeblich unterstützt und ist dann davon abgesprungen. Zu innovativ war der Ansatz, für etwas zu bezahlen, was nicht abgebaut wird. Da zahlt man doch lieber ein Mehrfaches der damals vorgesehenen Summe, um die Klimafolgeschäden aus der fossilen

Energiewirtschaft beheben zu dürfen ...

Auf diese Weise perpetuiert sich das kapitalistische Verwertungssystem, sichern sich dessen Profiteure ihre Vorteile bei der Jagd auf die letzten Rohstoffquellen. Auf der Strecke bleibt dabei nicht nur der in zahlreichen Dokumentations- und Spielfilmen, wissenschaftlichen Abhandlungen und touristischen Digitalformaten verewigte Berggorilla, sondern auch einmal mehr die Chance, einen anderen Weg einzuschlagen als den der Permanentausbeutung von Mensch und Natur.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2170.html>

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / BLUES

Kulturcafé Komm du - August 2018

Die Herren Sengelmann und Gundelfinger: Schmusebluesen | Klassiker der Jazz-, Pop- und Rockmusik

Konzert am Freitag, 17. August 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr im Kulturcafé Komm du



Das **Komm du** lädt ein zu einem Konzert am Freitag, den 17.08.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:



Die Herren Sengelmann und Gundelfinger
Klassiker aus Blues, Jazz, Rock und Pop

Ob im Wohnzimmer oder auf größerer Bühne, Philipp Sengelmann (Gesang) und Kristof Gundelfinger (Gitarre und Gesang) interpretieren Klassiker aus Blues, Jazz, Rock und Pop überall und auf ihre ganz eigene Art – scheinbar aus dem Stegreif, lässig, mühelos und ein wenig lakonisch. Ihre Zutaten: Eine Stimme, die unter die Haut geht, und ein extravertierter akustischer Gitarrensound. Mit derart minimalistischer Ausstattung präsentiert das Duo Coversongs, die in ihrer Ausdruckskraft den Originalen nicht nachstehen. Als Meister gerade der leisen Töne erzeugen die beiden Musiker eine intensive Atmosphäre, die dem Zuhörer nachhaltig in Gedächtnis und Gefühl bleibt.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Begegnung und Diskussion, Livemusik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten, selbstgebackener Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Platzreservierungen per Telefon:

040 / 57 22 89 52

oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Ob im Wohnzimmer oder auf größerer Bühne, Philipp Sengelmann (Gesang) und Kristof Gundelfinger (Gitarre und Gesang) interpretieren Klassiker aus Blues, Jazz, Rock und Pop überall und auf ihre ganz eigene Art – scheinbar aus dem Stegreif, lässig, mühelos und ein wenig lako-

Die Herren Sengelmann und Gundelfinger

Klassiker
aus Blues, Jazz, Rock und Pop



Freitag, 17. August 2018, 20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de

nisch. Ihre Zutaten: Eine Stimme, die unter die Haut geht, und ein extravertierter akustischer Gitarrensound. Mit derart minimalistischer Ausstattung präsentiert das Duo Coversongs, die in ihrer Ausdruckskraft den Originalen nicht nachstehen. Als Meister gerade der leisen Töne erzeugen die beiden Musiker eine intensive Atmosphäre, die dem Zuhörer nachhaltig in Gedächtnis und Gefühl bleibt.

Blues-Duo 'Die Herren Sengelmann & Gundelfinger': I'll Be Seeing You (Billie Holiday)

<https://www.youtube.com/watch?v=BaZLJrqnbJk>

Besetzung:

Philipp Sengelmann
(Gesang)
Kristof Gundelfinger
(Gitarre und Gesang)

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich



Das Blues-Duo "Die Herren Sengelmann & Gundelfinger"

Foto: © by Rosana Cuellar

Das Konzert im Kulturcafé Komm du beginnt um 20.00 Uhr.
Platzreservierungen per Telefon:
040 / 57 22 89 52 oder E-Mail:
kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Zum Reinhören & Anschauen:

Blues-Duo 'Die Herren Sengelmann & Gundelfinger': Stop (Sam Brown)

<https://www.youtube.com/watch?v=1S2KzpiFgkI>

Kulturcafé Komm du in der Buxtehuder Str. 13 in Hamburg-Harburg

Foto: © 2013 by Schattenblick



wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein ...

Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff
http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/mvbl0065.html>

Inhalt **Ausgabe 2608 / Samstag, den 7. Juli 2018**

- 1 DIE BRILLE: Linke Buchtage Berlin - schadensbegrenzte Beteiligung ...
- 7 REPORT: ... - Wirtschaftlichkeitsprämisse ... Michael Skambraks ...
- 13 EDITORIAL: Begünstigt sind die Zornigen
- 14 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartze - Weich' Ei ...
- 15 POLITIK: Sarah Wagenknecht - "Ramstein steht nicht für Sicherheit, sondern für Gefahr" (Pressenza)
- 16 SCHACH-SPHINX: Beweglichkeit als höchstes Prinzip
- 17 REDAKTION: Iran - nationaler Schulteranschlag gegen die USA ...
- 19 REDAKTION: Kongo - Jagd auf die Reste ...
- 20 VERANSTALTUNGEN: Sengelmann & Gundelfinger, 17.08.2018
- 22 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 7. Juli 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 07. Juli 2018

+++ Vorhersage für den 07.07.2018 bis zum 08.07.2018 +++



Himmel frei,
Wolken knapp,
Vogelschrei,
Jean macht schlapp.

© 2018 by Schattenblick

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.